Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1996)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Vorwort: Präsidialadresse : 1996 - wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt

Autor: Lauri

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Präsidialadresse
1996 – wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt

Im Jahr 1996 sah sich der Regierungsrat vor die Herausforderung gestellt, bei sehr knappen Ressourcen die *Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft im Kanton Bern* weiter zu verbessern. Gleichzeitig war mit der Haushaltsanierung '99 die zwingend nötige Konsolidierung des Staatshaushaltes konsequent fortzusetzen. Dies war auch deshalb besonders schwierig, weil die Wirtschaft in der ganzen Schweiz seit sechs Jahren stagniert.
Trotz verschiedener Zielkonflikte ist es gelungen, zahlreiche für die Zukunft des Kantons wichtige Vorhaben einen Schritt weiter oder gar zum Abschluss zu bringen. Im Sinn einer Antwort auf die 1996 erneut gewachsenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind besonders erwähnenswert

- die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Universität und die Fachhochschulen;
- der Einsatz zugunsten des Wirtschaftsstandortes Bern, sei dies auf der gesetzgeberischen Ebene, sei es durch Förderung des Dialogs zwischen dem Regierungsrat und der Wirtschaft;
- die intensiven Vorarbeiten für die Expo 2001 und das Engagement zugunsten der NEAT am Lötschberg;
- die Definition von Eigentümerstrategien des Kantons bei den wichtigen Mehrheitsbeteiligungen;
- die Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Kanton und seinen Gemeinden als eine der Voraussetzungen, um wichtige Optimierungen in der öffentlichen Aufgabenerfüllung mit Erfolg angehen zu können;
- die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse des Regierungsrates.

Die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten am Staatshaushalt beschäftigte den Regierungsrat intensiv. Die grundsätzliche Zustimmung des Grossen Rates zum Massnahmenpaket Haushaltsanierung '99 im vergangenen Dezember bildete einen wichtigen Meilenstein. Damit hat der Kanton Bern ein klares Signal nach aussen gesendet und den Willen bekundet, seinen Haushalt zu sanieren. Bewusst verwendete der Regierungsrat den Begriff des Sanierens und nicht des Sparens, weil es nebst einem sehr deutlichen Schwergewicht auf der Ausgabenseite auch um gewisse Massnahmen bei den Einnahmen und auf der organisatorischen Ebene geht. Auch handelt es sich um mehr als um die formelle Erfüllung eines Verfassungsauftrages, der mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt vorschreibt. Die Begründung, finanzpolitisch zu handeln, liegt tiefer, nämlich beim Gedanken an die Zukunft der bernischen Bevölkerung. Es geht um die Frage, welches gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld mit welchen Vorteilen und Lasten der nachfolgenden Generation übertragen werden soll. Die Forderung nach einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen verlangt, dass es hier keine Ungleichgewichte geben darf. Bei der Haushaltsanierung geht es somit auch um Fragen der Ethik und des nachhaltigen Denkens und Handelns. Dazu kommt, dass nur ein Staatswesen mit einem mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt in der Lage ist, sach- und zeitgerecht auf neue Herausforderungen zu reagieren. Beim Schnüren des Paketes nahm der Regierungsrat soweit wie möglich Rücksicht auf das wirtschafts-, sozial- und regionalpolitische Umfeld.
Gesamthaft erweist sich damit der 1996 eingeleitete Sanierungsprozess als ein zukunftsgerichtetes Vorhaben, das dem Kanton zusammen mit den obenerwähnten sowie weiteren Massnahmen neue Handlungsmöglichkeiten und damit gute Perspektiven eröffnet.

Der Weg zur erfolgreichen Haushaltsanierung und damit zu einem neuen Gleichgewicht zwischen der bernischen Wirtschaftskraft und den finanziellen Bedürfnissen der öffentlichen Hand ist noch lang. Eine vollständige und auf Dauer angelegte Gesundung, die den Kanton Bern zurück ins finanz- und wirtschaftspolitische Mittelfeld der schweizerischen Kantone bringt, wird weiterführende Massnahmen erfordern. Der Erfolg wird sich dann einstellen, wenn der Dialog zwischen der Regierung und dem Grossen Rat einerseits sowie zwischen Kanton und Gemeinden andererseits, der im vergangenen Jahr gut spielte, fortgesetzt wird. Gefragt sind, im Interesse der Zukunft unseres Kantons, sachpolitische Auseinandersetzungen über Parteigrenzen und regionales Denken hinweg. Wir hoffen zuversichtlich, dass der eingeleitete Prozess von Politikerinnen und Politikern und von der Bevölkerung unseres Kantons über das Legislaturende hinaus mitgetragen wird.

Bern, im März 1997

Der Regierungspräsident: *Lauri*